



Ruhr MdBs

Michael Groß, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Ansprechpartner Michael Groß, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Paul-Löbe-Haus
Raum 5.134
Telefon 030 227 – 74838
Fax 030 227 – 76257
E-Mail: michael.gross@bundestag.de

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Frank-Walter Steinmeier

Berlin, 07. November 2013

Ruhr-MdBs

Lieber Frank-Walter,

wir, die SPD-Bundestagsabgeordneten des Ruhrgebiets, wenden uns im Rahmen der Koalitionsverhandlungen an dich, um auf die besondere Situation in unseren Städten und Gemeinden, den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung und die gesellschafts- und sozialpolitische Situation in der Metropolregion Ruhr hinzuweisen. Auf Grund der Problemanzeigen und politischen Rahmenbedingungen sind die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen von besonderer Bedeutung, um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern und die Akzeptanz für eine große Koalition zu erreichen. Wir werden dich sehr gern weiter auf diesem Weg konstruktiv unterstützen.

Wie du weißt, ist das Ruhrgebiet insbesondere vom Arbeitsplatzabbau betroffen: Kohlerückzugsgebiet, Stahlindustrie, Nokia, Opel und weitere angekündigte Stellenstreichungen bei RWE, Eon, Evonik usw. Trotz der leichten Erholung der kommunalen Finanzlage durch erhöhte Steuereinnahmen steigen die Kassenkredite der Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet, sinken die kommunalen Investitionen. Von daher ist mit einer kurz- und mittelfristigen



grundsätzlichen Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Kommunen nicht zu rechnen. Der Schuldenabbau stranguliert die städtischen Haushalte und führt zu massiven Einsparungen in der Jugendhilfe, der Sozial- und Familienpolitik, der Bildung, Kultur, Sport und Freizeit. Von einer präventiven Politik, die Chancengleichheit, Integration und soziale Gerechtigkeit, also eine starke Region ermöglicht und sichert, sind wir weit entfernt.

Deshalb bitten wir dich eindringlich folgende Punkte besonders in den Verhandlungen zu berücksichtigen und erzielte Ergebnisse, wie vor allem die der Städtebauförderung inkl. Eigenanteilfonds sicherzustellen.

1. **Mindestlohn** – ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro würde die Kaufkraft im Ruhrgebiet um mehrere hundert Millionen Euro erhöhen und somit die regionale und örtliche Wirtschaft stärken und die Steuereinnahmen der Städte erhöhen. Allerdings möchten wir euch natürlich auch politisch dabei unterstützen, dass der Wert der Arbeit durch einen angemessenen, flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn vergütet und anerkannt werden muss.
2. **Schulsozialarbeit** – gerade in benachteiligten Stadtteilen ist es für uns wichtig in den Schulen zusätzliche Unterstützung für Kinder und Jugendliche und ihre Familien anzubieten, um Schulabschlüsse zu ermöglichen und eine berufliche Orientierung zu geben. Die Schulsozialarbeit ist wesentlicher Bestandteil verbesserter sozialdemokratischer Bildungspolitik. Für die Städte im Ruhrgebiet ist von besonderer Bedeutung, dass die Schulsozialarbeit weiterhin verlässlich aus dem Bildungs- und Teilhabepaket finanziert werden kann, ohne die kommunalen Haushalte zusätzlich zu belasten. Akut ist die Fortsetzung der Finanzierung der im Vermittlungsausschuss durch die SPD durchgesetzten 3.000 Schulsozialarbeiterstellen im Bildungs- und Teilhabepaket durch Bundesmittel.
3. **Städtebauförderung, Soziale Stadt, Eigenanteilfonds** – gerade die Städtebauförderung mit dem Programm „Soziale Stadt“ ist für die Städte im Ruhrgebiet eine wichtige Fördermöglichkeit für eine soziale, integrative Stadtentwicklung. Der Eigenanteilfonds versetzt die Kommunen in Haushaltsnotlage, die diese Förderung am



dringendsten benötigen, überhaupt in die Lage, diese Mittel abzurufen. Der anerkannte Bedarf, der jetzt aktuell auch in der Koalitionsarbeitsgruppe ausgehandelt wurde, 700 Mio. Euro für die Städtebauförderung insgesamt, davon 150 Mio Euro für die „Soziale Stadt“, muss durchgesetzt werden.

4. **Investitionsprogramme in die Infrastruktur** – nach dem Erfolg des Konjunkturprogramms II ist es aus unserer Sicht folgerichtig, ein drittes Konjunkturprogramm aufzulegen, das insbesondere die Sanierung und den notwendigen Aus- und Rückbau kommunaler Infrastruktur von Straße, ÖPNV, kommunaler Einrichtungen bis hin zu Maßnahmen enegergetischen Effizienz sicherstellt.
5. **Zuwanderung** – der aktuelle Zuzug von Menschen aus osteuropäischen Ländern (Armutsfüchtlingen) und Asylbewerbern überfordert unsere Städte und die Bürger. Die Städte sind ebenso nicht in der Lage, die steigenden Kosten für die Gesundheitsversorgung zu tragen. Diese Herausforderung sorgt insbesondere im Zusammenhang mit kommunalpolitischen Einsparungen für sozialpolitischen Sprengstoff und fehlende Akzeptanz durch die Bürger. Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück haben bei Ortsterminen im Sommer Sonderfonds zugesagt, um bauliche, integrative und soziale Maßnahmen sofort und zielgerichtet umsetzen zu können. Für die langfristige Lösung der Probleme ist (siehe oben) die Städtebauförderung mit dem Leitprogramm „Soziale Stadt“ zwingend notwendig.
6. **Eingliederungshilfe, Kosten der Unterkunft** – Ein geeigneter Ansatzpunkt ist dafür die im Zuge der Fiskalpaktverhandlungen vereinbarte Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen durch ein Bundesleistungsgesetz. Auch diese soziale Leistung ist in Ballungsgebieten sehr hoch und wächst dynamisch an. Eine Kostenübernahme durch den Bund käme somit den Städten, Kreisen und Gemeinden im Ruhrgebiet stark zugute. Dabei ist jedoch sicher zu stellen, dass unbeschadet der inhaltlichen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, die Kommunen netto mindestens



Ruhr - MdBs

Seite 4 von 5 Seiten des Schreibens vom 15.01.2014

um vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden. Wir fordern, dass dies nach der Bundestagswahl rasch umgesetzt wird.

In NRW betragen die Gesamtausgaben der „Kosten der Unterkunft“ (KdU) gut 3,5 Milliarden Euro bei einer Beteiligung durch den Bund von knapp 1,3 Milliarden Euro. Hier wäre die Umsetzung der SPD-Forderung, den Bundesanteil auf bis zu 49% zu erhöhen, eine wesentliche Erleichterung für die Kommunen.

7. **Förderung von Langzeitarbeitslosen** – die Arbeitslosenzahlen befinden sich seit Jahren auf einem sehr hohen Niveau. Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten liegt unterhalb der Quoten in den neuen Bundesländern. In manchen Städten sind 80 % der Arbeitslosen Langzeitarbeitslose. Deshalb müssen die Eingliederungstitel auf den spezifischen Förderbedarf der Menschen in den Regionen abgestellt werden und nicht mit der Gießkanne nach bisherigen Verteilungsschlüsseln angepasst werden.

Wir bitten dich insbesondere vor dem Hintergrund, dass sowohl die Partei als auch wir - die SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet - in der Bevölkerung einen hohen Rückhalt haben und unsere Politik und Zielsetzungen durch sehr gute Wahlergebnisse unabhängig vom allgemeinen Trend bestätigt werden, unser Anliegen zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen und „Glück auf“

gezeichnet

Michael Groß, MdB

Axel Schäfer, MdB

Bärbel Bas, MdB

Joachim Poss, MdB

Dirk Heidenblut, MdB

Petra Hinz, MdB



Ruhr - MdBs

Seite 5 von 5 Seiten des Schreibens vom 15.01.2014

Rene Röspel, MdB

Frank Schwabe, MdB

Michael Gerdes, MdB

Michael Thews, MdB

Ralf Kapschak, MdB

Mahmut Özdemir, MdB

Marco Bülow, MdB

Michelle Müntefering, MdB

Arno Klare, MdB

Sabine Poschmann, MdB

Oliver Kaczmarek, MdB